



## **Bildungspolitische Einflußnahme der Eltern zugunsten der Musikschule oder: „Wir müssen Alarm schlagen!“**

Referent: Dr. Joachim Kreuzkam, Bad Harzburg/Weimar

AG 21, Samstag, 24. April 1999

### **Vorbemerkung:**

„Musikschulen können die Qualität ihrer Arbeit langfristig nur dann sichern, wenn die Öffentlichkeit mitspielt. Die Öffentlichkeit spielt dann mit, wenn sie für die Qualität der Musikschulleistungen zu zahlen bereit ist – und zwar im doppelten Sinne: direkt über Gebühren oder Entgelte der interessierten Schüler bzw. Eltern, indirekt über die Steuern aller – unabhängig von deren persönlichen Verhältnissen.

Politik hat ihr Mandat vom Souverän, von den Bürgern. Sie reagiert deshalb auf ihre Wünsche, die in der Öffentlichkeit einen gewissen verbindlichen Konsens erreichen müssen, um einen oberen Platz auf der entsprechenden Prioritätenskala politischen Handelns zu erreichen.“ (Vorbemerkung zu den Thesen in der Arbeitsgruppe 29, in der ich ebenfalls referiert habe)

Ein verbindlicher gesellschaftlicher Konsens zugunsten der Musikschulen könnte und würde sich in allen Bundesländern – und nicht nur in Bayern oder Sachsen-Anhalt – in Form einer gesetzlichen Absicherung der Musik- und Kunstschulen niederschlagen. Die Tatsache, daß dies von den Musikschulen immer wieder gefordert und von der Politik immer wieder „erfolgreich“ zurückgewiesen wird, zeigt den untergeordneten Stellenwert der Musikschulen in der Öffentlichkeit. Die Politik spiegelt diesen Stellenwert in ihrem abweisenden Verhalten. Es gibt für sie – abgesehen von den beiden Ausnahmen – (noch) keinen „Handlungsbedarf“.

Anders in Norwegen, wo sich nach vielen Anläufen – und schließlich begünstigt durch Erdöldollars – ein gesellschaftlicher Konsens in Form eines Musik- und Kunstschulgesetzes verdichtet hat, in dem drei Parteien als gesellschaftliche Nachfrageinstanzen in ihrer Finanzierungsverpflichtung festgelegt sind: Je 45% der Musikschulkosten tragen Land und Gebietskörperschaft und 10% die Eltern. Der Norwegische Musik- und Kunstschulrat hatte jahrelang um diesen Weg gekämpft. Mindestens 30% der Kinder sollen mit den Musik- und Kunstschulen erreicht werden – ganz abgesehen von der gewollten engen Verzahnung zwischen Musik- und Kunstschulen einerseits und der Musikerziehung in den Regelschulen und in anderen kulturellen Einrichtungen andererseits. Anregungen haben sich die Norweger in den Niederlanden, in Dänemark und Schweden geholt. Wann holen wir uns unsere Anregungen aus diesen Ländern?

Die Elternvertretungen und Fördervereine in Deutschland mit ihren unterschiedlichen Organisationsformen auf kommunaler, Länder- und Bundesebene sollten das Fehlen eines – dem norwegischen vergleichbaren – Musik- und Kunstschulrates auf der Schnittmenge von Kunst und Bildung als Chance ergreifen. Sie sollten sich im Interesse ihrer Kinder, aller Kinder und aller Musik- und Kunstinteressierten, und nicht zuletzt im Interesse der Förderung eines kreativen und innovativen, eines unternehmerischen und humanen Klimas in unserer Gesellschaft dafür einsetzen, daß wir die breite öffentliche Meinung zugunsten der Musikschulen massiv beeinflussen. Das wird sicher eine geraume Zeit in Anspruch nehmen und bedarf

einer professionellen Organisation. Aber wie schrieb der Leiter der Jugendmusikschule Hamburg kürzlich: „Wir müssen Alarm schlagen!“

Die Behandlung und Diskussion der folgenden neun Thesen soll den konkreten Rahmen für Aktionen bereiten, die dem Alarmruf schon bald folgen müssen. Die Thesen orientieren sich – auch in ihrer Reihenfolge – an den neun Appellen, die die Bundeselternvertretung an den VdM-Musikschulen unter dem Titel „Eltern im Musikschulgeschehen“ formuliert hat. In den einzelnen Thesen werden Appell und Lösungswege genannt.

## DIE NEUN MÜNCHENER THESEN

### **Erste These:**

**Aktive Eltern – in Elternvertretungen oder Fördervereinen zusammengeschlossen – kümmern sich mit Nachdruck um den langfristigen Erhalt und den bildungspolitisch unverzichtbaren weiteren Ausbau der Musikschulen in Deutschland.**

Immer häufiger drängen engagierte Eltern als Mitglieder von Elternvertretungen oder Fördervereinen zur Aktion. Den bildungspolitischen Appellen der Politiker – allen voran des ehemaligen Bundespräsidenten – möchten sie Taten folgen sehen. Sie sind sich bewußt, daß sie es nicht den Politikern allein überlassen können und dürfen, darüber zu entscheiden, was mit den Musikschulen geschieht. Sie selbst sind an erster Stelle herausgefordert. Unternehmerisches Denken und Handeln sind gefragt, wenn man in der Öffentlichkeit ein Umdenken bewirken will.

Der gute Wille allein reicht allerdings nicht aus, um sich in der Öffentlichkeit und damit auch in der Politik Gehör zu verschaffen. Professionelle Lobbyarbeit im Sinne von herausragender Öffentlichkeitsarbeit ist angesagt, um im Wettbewerb um die politischen Schwerpunktsetzungen mithalten zu können. Solange Bildung und Kultur im engeren Sinne keine höhere Wertigkeit in der Gesellschaft erreichen, bedeutet vornehme Zurückhaltung bei der Lobbyarbeit zugleich aktive Beförderung der gesellschaftlichen Marginalisierung von Bildung und Kultur.

Professionelle Beteiligung an gesellschaftlichen Konsensbildungsprozessen im jeweiligen regionalen Umfeld bedeutet vor allem, daß man zunächst gesellschaftliche Aufmerksamkeit weckt, indem man seine Kommunikationsfähigkeit und Kommunikationswertigkeit bewußt pflegt und trainiert. Dazu bedarf es heute institutioneller Strukturen, die einen Zugang zu den wissensverarbeitenden Einrichtungen haben und diesen Zugang laufend ausbauen.

Aktive Mitglieder in Elternvertretungen und Fördervereinen könnten deshalb beabsichtigen, in enger Zusammenarbeit zum Beispiel mit der Leitung und den Studierenden des Studiengangs Kulturmanagement der Hochschule für Musik FRANZ LISZT Weimar (im folgenden HfM Weimar genannt), die ich hier verrete, „Kulturbüros“ auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene einzurichten, um ihre Förderungstätigkeit und Lobbyarbeit vor Ort zu professionalisieren.

Inhaltlicher Schwerpunkt der Arbeit könnte als erstes ganz gezielt der Aufbau eines ständigen „Bürgerforums“ zum Thema Musikerziehung, Musikschulen, Musizieren als Entwicklungsfaktoren für Kinder, Jugendliche und Erwachsene / Senioren sein.

Der Arbeitskreis „Leitlinien“ der Bundeselternvertretung (BEV) sollte aus diesem Grund zu einer dauerhaften Einrichtung werden, die den Aufbau der Büros und ihrer Arbeitsprogramme begleitet.

### **Zweite These:**

**Aktive Eltern sind auf vielfältige Art Multiplikatoren für die Musikschulidee und nutzen die entsprechenden Möglichkeiten zur Beteiligung an öffentlichen Diskussionen und politischen Gesprächen.**

Bei der konkreten Arbeit in der Kommune geht es nicht nur darum, die institutionelle Arbeit der Elternvertretungen zu professionalisieren. Vielmehr ist auch jede und jeder einzelne aufgefordert, sich zu jeder Zeit und an jedem Ort für die Belange der Musikschulen einzusetzen.

Engagierte Eltern sollten deshalb an einschlägigen Parlaments-, Rats- und Ausschusssitzungen teilnehmen und Hintergrundgespräche mit Politikern und Verwaltungsbeamten aus allen Lagern führen.

Für diese Tätigkeiten könnten sie zum Beispiel in Zusammenarbeit mit der HfM Weimar im Rahmen der Bildungsbüros eigens vorbereitet und „trainiert“ werden. Hier würden die Interessen der Eltern mit den Interessen der Studierenden des Studiengangs Kulturmanagement zusammenfallen: Die angestrebte höhere Wertigkeit von Bildung und Kultur in der Öffentlichkeit bedeutet zugleich eine Ausweitung des Dienstleistungssystems Kultur und Bildung in der Gesellschaft. Und eine solche Ausweitung schafft zugleich auch neue Tätigkeitsfelder für „Kulturmanager“.

**Dritte These:**

**Aktive Eltern bemühen sich um eine möglichst professionelle und unabhängige Öffentlichkeitsarbeit für ihre eigene Institution – die Elternvertretung oder den Förderverein – und für die Institution Musikschule.**

Eine langfristige Existenzsicherung der Musikschulen, so haben wir gesehen, ist vor allem von ihrer Akzeptanz und Bewertung in der Öffentlichkeit abhängig. Und gesellschaftliche Akzeptanz und eine hohe Bewertung der Musikschulen hängen ihrerseits im wesentlichen von drei Faktoren ab, die in einem wechselseitigen Verhältnis zueinander stehen: erstens vom effizienten Ressourceneinsatz, zweitens von qualitativ wertvollen Leistungen und drittens von intensiver „Marktorientierung“ und zugleich von hoher kulturpolitischer Verantwortung, die in der Öffentlichkeit vermittelt werden muß. Über alle drei Handlungsfelder einer Musikschule sollte öffentlich Rechenschaft abgelegt werden. Die Kommunikationspolitik der jeweiligen Musikschule entscheidet ganz wesentlich über deren Zukunftsfähigkeit.

Deshalb sollten sich Eltern schwerpunktmäßig gerade auch auf die gezielte Pflege von Pressekontakten konzentrieren. Eltern können viel überzeugender Sinn und Zweck der Musikschulen in der heutigen Zeit deutlich machen. Schließlich geht es um die Entwicklung ihrer Kinder.

Ferner: Eine erfolgreiche Kommunikationspolitik ist heute ohne das Internet gar nicht mehr möglich. Da die Musikschulen diese Aufgabe nur sehr zögerlich angehen bzw. aus vielerlei Gründen – nicht zuletzt aus finanziellen – anzugehen gezwungen sind, wird die Hilfestellung bei der Gestaltung des Internetauftritts der Musikschule zu einer zentralen Aufgabe der Eltern. Es ist zu vermuten, daß sich in jeder Elternvertretung EDV-erfahrene Personen finden, die hier helfen können und wollen.

Einzelne Elternvertretungen habe, was den Internetauftritt angeht, schon vorbildhafte Leistungen erbracht. Ich verweise nur auf Beispiele in Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Sachsen. Auch in diesem Kontext könnten sich die Eltern – zum Beispiel über die Bildungsbüros – unterstützen und gegebenenfalls auch weiterbilden lassen.

**Vierte These:**

**Aktive Eltern unterstützen die Musikschulleitung sowie die Musikschullehrer/innen partnerschaftlich – das heißt unter wechselseitiger Berücksichtigung der je spezifischen pädagogischen Kompetenzen – bei der Umsetzung der letztlich gemeinsam zu verantwortenden künstlerisch-ästhetischen Bildungs- und Erziehungsaufgabe.**

Die Eltern sollten zu diesem Zweck die Beschaffung und Verarbeitung von Informationen und Wissensbeständen, soweit diese vor allem die Rolle der Musikerziehung für die Entwicklung ihrer Kinder im besonderen und für die Kultur einer Gesellschaft im allgemeinen betrifft, für alle Leitungskräfte und Mitarbeiter/innen der Musikschule tatkräftig unterstützen.

Sie können auch hier beispielsweise auf entsprechende Vorarbeiten aus der HfM Weimar und der mit ihr in Zukunft kooperierenden Akademie Gesellschaft und Wissenschaft (AGW) in Bad Harzburg zurückgreifen. Die Akademie könnte zugleich so etwas wie eine „Denkfabrik“ auch für die Elternvertretungen und Fördervereine werden – vermittelt über die schon erwähnten Bildungsbüros und Bürgerforen.

**Fünfte These:**

**Aktive Eltern unterstützen die Musikschule im organisatorischen Bereich bei der Planung und Durchführung von Projekten, um deren erfolgreiche Umsetzung zu gewährleisten.**

Die Elternvertretungen sollten ständige „Veranstaltungsteams“ einrichten, die Ansprechpartner für die Musikschulleitung und/oder die Musikschullehrer/innen sein können – und zwar immer dann, wenn es darum geht, Veranstaltungen unterschiedlichster Art zu planen und durchzuführen.

Es gibt auch eine Reihe von anderen organisatorischen Aufgaben, an deren Bewältigung sich die Eltern erfolgreich beteiligen könnten. Ich denke nur an die Vorbereitung und Planung von Kooperationen mit anderen kulturellen und pädagogischen Einrichtungen der Kommune oder der Partnergemeinden im Ausland. In diesem Zusammenhang sei darauf verwiesen, daß das „Ehrenamt“ in Zukunft eine noch viel zentralere Aufgabe in unserer Dienstleistungsgesellschaft spielen wird als bisher.

Würde, Ansehen und Glück eines Menschen werden sich – auch und gerade in der Öffentlichkeit – in Zukunft immer weniger aus seinem materiellen Vermögen definieren, sondern vielmehr aus seinem gesellschaftlichen Engagement, das seine Verantwortung für die Etablierung eines raum- und zeitübergreifenden Kultursystems signalisiert.

**Sechste These:**

**Aktive Eltern wirken als private „Kunden“ der Musikschulen neben den von ihnen beauftragten staatlichen „Kunden“ bei der Gebührengestaltung immer mit – und zwar auf allen Ebenen der bildungs- und haushaltspolitischen Debatte – , weil sie als Souverän unter Einhaltung demokratischer Spielregeln auf das staatliche Handeln jederzeit einwirken dürfen und müssen.**

Eltern sind eine – noch immer heimliche – Macht. Sie werden sich deshalb auch öffentlich immer nachdrücklicher einmischen. Vor allem auch bei der Gebühren- oder Entgeltgestaltung.

Voraussetzung dafür ist eine solide nationale und internationale Recherche zum Thema Gebührenverhalten in Musikschulen, die schon bald gemeinsam mit dem Studiengang Kulturmanagement der HfM Weimar durchgeführt werden könnte.

**Siebte These:**

**Aktive Eltern fragen im Binnenraum der Musikschule bei jeder passenden Gelegenheit nach, mischen sich ein und scheuen sich nicht davor, gelegentlich auch unbequem zu sein.**

Eltern kümmern sich in Zukunft immer mehr um die internen Entwicklungen ihrer Musikschule. Sie nutzen dafür bestehende Gesprächs- und Diskursforen in der Musikschule oder richten solche Foren ein. Gemeint sind einerseits musikpädagogische Workshops für Lehrer, musikorganisatorische Workshops für Führungskräfte und kulturphilosophische und -politische Workshops für alle Mitglieder der Musikschule.

Eltern sorgen deshalb dafür, daß die Musikschule immer mehr auch zu einem Forum der Diskussion zu aktuellen kulturellen, bildungs- und gesellschaftspolitischen Themen wird, die in der Musikschule auch wahrgenommen und diskutiert werden und die sich in erster Linie an die Schüler/innen, ihre Eltern und deren Freunde wenden. Es reicht nicht aus, das Thema Musikschule in der Öffentlichkeit zu forcieren und die Diskussion im Binnenraum der Musikschule sich selbst zu überlassen.

**Achte These:**

**Aktive Eltern versichern sich der Unterstützung durch die Musikschulleiter/innen, die Musikschullehrer/innen und die Verwaltungsangestellten.**

Elternvertretungen und Fördervereine sind unabhängige Institutionen. Sie sind keine Vasallen der Musikschule, wozu sie manchmal – durch eigenes Zutun – gemacht werden.

Trotzdem können sie nur mit den Musikschulleitungen, mit den Leistungsträgern in der Musikpädagogik und mit der Verwaltung gemeinsame Sache machen – nicht gegen sie. Deshalb organisieren sie beispielsweise regelmäßig „Kamingespräche“ oder „Prominentenfrühstücke“, zu denen sie „wichtige“ Persönlichkeiten aus dem Umfeld der Musikschule einladen und an denen jeweils – neben der Musikschulleitung – auch Mitarbeiter/innen der Musikschule teilnehmen.

**Neunte These:**

**Aktive Eltern müssen sich noch intensiver organisieren, noch offensiver kommunizieren, müssen noch entschlossener auftreten und noch kollektiver handeln.**

Die Eltern sollten und müssen ihren Organisationsgrad auf allen Ebenen der Musikschularbeit erhöhen und durch Optimierung einer gemeinsamen Kommunikationspolitik auch im öffentlichen Erscheinungsbild geschlossener auftreten.

Die Eltern und Familienangehörigen von fast einer Million Schülerinnen und Schülern bilden eine gesellschaftliche Gruppe, die alle Möglichkeiten zum Aufbau einer starken Lobby besitzt, ohne im Moment diese Chance sehen und wahrnehmen zu können – oder zu wollen.

Die Misere beginnt bereits beim korporativen Erscheinungsbild der Elternvertretungen und Fördervereine, soweit letztere die Funktion von Elternvertretungen ausüben. Jeder Gruppierung hat – wenn überhaupt – ein eigenes Logo. Kaum ein Außenstehender erlebt ein entstehendes regionales und bundesweites Netzwerk.

Was für die Eltern und Elternvertretungen gilt, gilt übrigens auch für die Musikschulleitungen und die Musikschullehrer/innen. Auch hier gibt es noch keine eigenen starken Verbandstrukturen, die dann aus einer viel stärkeren Position gemeinsam mit den Elternvertretungen und dem VdM (Verband deutscher Musikschulen) in der Öffentlichkeit für Furore sorgen könnten. Es geht um nicht mehr und nicht weniger als um die Wertigkeit von Musikerziehung und Musizieren in der Gesellschaft.

Alle für die Musikschullandschaft Verantwortlichen – allen voran die Elternvertretungen und Fördervereine – sollten in Zukunft ganz bewusst immer enger zusammenarbeiten. Wir alle müssen gemeinsam öffentlich Einfluß gewinnen, um die Musikerziehung aus ihrer doppelten gesellschaftlichen Randlage zu befreien.

Intensive Musikerziehung fördert die Entwicklung eines Kindes, steigert die Gedächtnisleistungen, schult wissensbasierte denkerische Kreativität, trainiert Ausdauer und Konzentration und erhöht so das persönliche Lebensglück, das individuelle Leistungsvermögen wie auch die soziale Integrationsbereitschaft – ganz abgesehen von den sozialen Vorteilen, die in dem vielzitierten Ausspruch von Innenminister Otto Schily zum Ausdruck kommen:

*„Wer Musikschulen schließt, versündigt sich an der Inneren Sicherheit. Wenn Kinder nur intellektuell, nicht aber auch musisch gefördert werden, entstehen charakterliche Deformationen, die sich auch als Gewalt äußern.“*